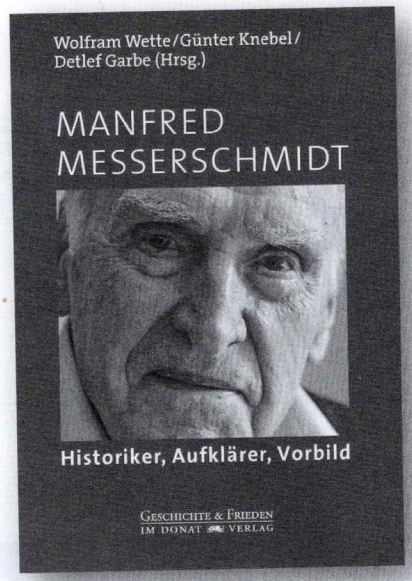



**Manfred Messerschmidt (1926 – 2022) und Ludwig Baumann (1921 – 2018)**

# Zwei Menschenfreunde, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts prägten

Günter Knebel

**Pazifist war Manfred Messerschmidt nicht, aber ein starker Anwalt und klarer Fürsprecher der Freiheit zum Pazifismus. Seine besondere Aufmerksamkeit fand z. B. Franz Jägerstätters Kriegsdienstverweigerung, deren Gedenken und Würdigung er sehr begrüßt und unterstützt hat.[1] Messerschmidts wissenschaftliches Erforschen nationaler Engführung, die regelmäßig einhergeht mit Militarisierung und Kriegsvorbereitung, machte ihn vielleicht zwangsläufig zu einem Verfechter gegenteiliger, lebensfreundlicher Positionen: Aufklärung und Humanismus, mutiger Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Völkerverständigung verbinde ich mit Manfred Messerschmidt (MM). Die Verbrechen der Wehrmacht und anderes Unrecht nannte er zeitlebens beim Namen.**

Ich lernte MM schon vor der Gründung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V. kennen, die im Oktober 1990 stattfand. Seit Anfang/Mitte der 1980er Jahre beschäftigte viele Friedensbewegte das Thema, wie diejenigen anerkannt und rehabilitiert werden können, die vor oder im Zweiten Weltkrieg den Kriegsdienst verweigerten oder als Soldaten ‚von der Fahne' gegangen waren. Lokale und regionale Denkmäler für Deserteure waren eine antimilitaristische und gesellschaftspolitisch innovative Antwort auf überkommene Kriegerdenkmäler.

## Forderung nach Rehabilitierung

Im Nachgang zur Ansprache von Bundespräsident Weizsäcker am 8. Mai 1985, der 40 Jahre nach Kriegsende als offizieller staatlicher Repräsentant Westdeutschlands erstmals von einem „*Tag der Befreiung*" sprach, hatte die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK) in der EKD einen Brief an den Bundespräsidenten gerichtet, in dem sie um Mithilfe bat bei der gewünschten Rehabilitierung der Kriegsdienstverweigerer, die Opfer der Wehrmachtjustiz geworden waren. Die freundliche Eingangsbestätigung und telefonische Nachfragen ergaben, dass der Brief nicht in einem „Rundordner" des Bundespräsidialamts gelandet, sondern von dort mit Bitte um Stellungnahme an zuständige Bundesministerien weitergegeben worden war. Das führte schließlich zu einer Beantwortung, die intensivere Weiterarbeit zum Thema nahelegte.

Die entsprechende EAK-Ausarbeitung konnte in eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 24. Juni 1987 zugunsten „*Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht*" eingebracht werden.[2] Unsere Vorschläge zur Rehabilitierung führten zu telefonischem Kontakt mit Manfred Messerschmidt, damals Leitender Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamts. Dass er, wissenschaftlicher Leiter einer großen Einrichtung der Bundeswehr, unbefangen mit einem Mitarbeiter einer kleinen kirchlichen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer Kontakt aufnahm und kommunizierte, hat mich und andere Mitarbeitende von Anfang an positiv beeindruckt. Als Historiker und Jurist, der die Wehrmacht als „stählerner Garant" und Stütze des NS-Regimes eingeordnet hatte, kannte er besser als viele andere die langen Schatten der NS-Zeit. Deshalb empfahl er, die politische Anerkennung und gesetzliche Rehabilitierung der bis dahin politisch und rechtlich ausgegrenzten Opfer der Wehrmachtjustiz am besten über deren Selbstorganisation zu erreichen, z. B. als eigenständiger NS-Opferverband. Wie sonst sollten wegen Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung Verurteilte sich politisch Gehör verschaffen und zu Wort melden können?

## Suche nach Betroffenen

Deren überfälliges Begehren, politisch anerkannt und gewürdigt zu werden, war trotz politischer Wendezeit noch eher randständig, wurde fast nur in friedensbewegten Kreisen unterstützt. So stellte sich Ende der 1980er Jahre/Anfang 1990 die Aufgabe, betroffene Menschen zu finden, die als NS-Verurteilte den Zweiten Weltkrieg überlebt hatten. Mit Hilfe friedensbewegter Öffentlichkeitsarbeit, vor allem aber durch Kooperation mit dem Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Papenburg, das die Vergangenheit der KZs im Emsland erforschte, gelang es, eine hinreichende Zahl betroffener Menschen zu finden. Ludwig Baumann gehörte dazu. Nach seiner Desertion 1942 aus der Wehrmacht im besetzten Frankreich, Verurteilung zum Tode, monatelanger Haft in der Todeszelle eines Militärgefängnisses, war er via ‚Begnadigung' über ein KZ in den Emslandlagern und Inhaftierung in Torgau zur Bewährung in ein Strafbataillon an die Ostfront gelangt. Mit viel Glück hatte er die Torturen des Krieges überlebt, deren traumatische Folgen begleiteten ihn bis ins hohe Alter. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb war er willens und bereit, sich als authentischer Zeitzeuge für die gesellschaftliche, politische und gesetzliche Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz zu engagieren.

In einer Fülle von wissenschaftlichen Studien hatte Manfred Messerschmidt, oft in Kooperation mit anderen Autor*innen, herausgearbeitet und nachgewiesen, wie intensiv die Wehrmachtjustiz im Dienst des Nationalsozialismus gestanden hatte: Die bis Ende der 1980er Jahre weithin vorherrschende Selbstentlastung ehemaliger Wehrmachtjuristen, ihre Tätigkeit vor 1945 sei eine Form von Emigration oder gar Widerständigkeit gewesen, konnte so über-

zeugend widerlegt werden. Im Unterschied zu vielen ihrer Opfer hatten die meisten der rund 3.000 Wehrmachtjuristen den Zweiten Weltkrieg unversehrt überlebt. Als Juristen übten nicht wenige ihre Tätigkeit in einem neuen Staatswesen samt Versorgungsansprüchen weiter aus, viele machten sogar Karriere bis in höchste Ämter.

Mit dieser überaus folgenreichen Tatsache waren Ludwig Baumann und Manfred Messerschmidt immer wieder konfrontiert, sie begründete auch mit, weshalb die Anerkennung und Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz erst vier Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs begann und schließlich bis 2009 dauerte. Die Öffentlichkeitsarbeit zur Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" half mit, dass militärische Widerständigkeit während der NS-Zeit gesetzlich rehabilitiert wurde. Die politische Auseinandersetzung darüber war auch international aufmerksam verfolgt worden. Signalisierte sie doch einen zuvor für unwahrscheinlich gehaltenen Meinungswandel in Deutschland. Manfred Messerschmidt und Ludwig Baumann haben erheblich dazu beigetragen.



Tafel am Erinnerungsweg in Hamburg-Wandsbek.
Foto: G. Knebel

### Eine Stele für Ludwig Baumann in Hamburg

Das gilt es in diesem Jahr besonders zu würdigen: Am 1. Oktober 2026 wäre Manfred Messerschmidt 100 Jahre alt geworden. Daran erinnert eine soeben erschienene Publikation im Donat-Verlag Bremen. Sie wird im Auftrag der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz herausgegeben. Deren wissenschaftlichen Beirat stand MM von 1990 bis 2011 vor, danach war er Ehrenvorsitzender bis er 2022 verstarb.

Am 13. Dezember 2026 wäre Ludwig Baumann 105 Jahre alt geworden: Auf Initiative von Hamburger Freund*innen wird an diesem Tag in Hamburg-Wandsbek/Jenfelder Au eine Stele der Öffentlichkeit übergeben, die Ludwig Baumann und allen Opfern der Wehrmachtjustiz gewidmet ist:

In einer Spendenaktion, zu der auch die Zeitschrift FriedensForum erheblich beigetragen hat, sind 2024 – 25 die erforderlichen Mittel gesammelt worden, um eine solche Würdigung vornehmen zu können. Während anderenorts aufgerufen wird, Land und Leute „kriegstüchtig" zu machen, hat die Bezirksversammlung Hamburg-Wandsbek im Dezember 2024 über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig beschlossen, in ihrem Bezirk mit einem *„Weg der Erinnerung"* dauerhaft an Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus 1933 – 45 zu erinnern. Besucher*innen dieser bemerkenswerten Örtlichkeit werden hinfort am Anfang oder Ende des Erinnerungs-Wegs mit Ludwig Baumanns denkanstößigem Motto konfrontiert: Was gibt es Besseres, als den Krieg zu verraten?

Leser*innen des FriedensForums und insbesondere Spender*innen sind herzlich eingeladen, am 13. 12. 2026 in HH-Wandsbek dabei zu sein.

**Anmerkungen**

1 Siehe die Beiträge von Messerschmidt und Eberhardt im angezeigten Buch.
2 Deutscher Bundestag, Zur Sache 3/87, S. 56, 57 und 247 – 249

**Günter Knebel** ist Schriftführer in Vereinsvorstand und Web-Redaktion von **www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de**.

## LESERBRIEF

### Zum Artikel „Wer nicht hören will, muss fühlen" von Otmar Steinbicker

Guten Tag, zum Artikel *„Wer nicht hören will, muss fühlen"* von Otmar Steinbicker (im Heft 5/2026) möchte ich noch hinzufügen, welche Fragen ich allen politisch Verantwortlichen und den vielen NGOs, die sich für „Klimaziele" und „Umweltschutz" engagieren stellen möchte:

Hat Ihre Organisation sich in den letzten Jahren in irgendeiner Art verstärkt für die politische Durchsetzung von Diplomatie und Friedenspolitik engagiert? Hat Ihre Organisation deutlich gemacht, welche Umweltfrevel und extremen Belastungen und Zerstörungen das Sprengen und Verbrennen von Gebäuden, Maschinen, Elektronik u. a. in der Ukraine und den von der USA und Israel angegriffenen Gebieten zur Folge haben? Beschrieben Sie irgendwo, was die Produktion von Raketen, Drohnen, Panzern, Geländefahrzeugen, Waffen an Ressourcen verschlingt? Was deren Anwendung und Zerstörung an Verschmutzungen erzielt? Hatten Sie irgendwo beschrieben, was an Mikroplastik in der Landschaft verstreut wird, wenn in den Nachrichten von 300 Drohnen berichtet wird, die *„zerstört"* wurden, in einer Nacht?

Konnte ich lesen über den Kraftstoffverbrauch eines Panzers, über den Energie-, Wasser- und Hardwareverbrauch von Rechenzentren, die besonders über diese digitalisierte Kriegsführung mehr als ausgelastet sind und fleißig ausgebaut werden? Gab es Beschreibungen etwa von zurückgelassenen Gefahrenstoffmüllbergen oder der Problematik von Uranmunition? Von gesundheitlichen Belastungen nach Kriegen allein über die gestiegenen Feinstaubemissionen, gar nicht zu sprechen von den vielen traumatisierten und verkrüppelten Menschen? Wurde dieser „Elefant im Raum" angesprochen? Wurden alternative Wege zum militärischen Konflikt tiefschürfend gedacht und angewendet? Wenn diese Fragen alle mit Ja beantwortet werden könnten, in welcher Welt würden wir leben?

Solange Klima- und Friedenspolitik nicht deutlich miteinander verknüpft und gedacht wird, wirken alle sonstigen, sinnvollen Ansätze im Vergleich tatsächlich *„lächerlich"*, wie Herr Steinbicker etwa bezüglich Tempolimit schreibt.

*Hendrik Flöting, Logopäde, 51 Jahre alt*